

THÜR. LANDTAG POST
09.11.2023 07:16

28577/2023

Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V., Bei der Flutrinne 11, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Per Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de

Erfurt, den 08.11.2023

Stellungnahme zur Drucksache 7/8644 - Neufassung

Gesetzentwurf

Der Fraktion DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/3027

zu Drs. 7/8644NF

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Gesetzentwurfes „Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes“ und der Möglichkeit, dazu Stellung nehmen zu dürfen.

Wir als Landesverband hätten uns gewünscht, dass auch in dieser Novellierung des Gesetzes dem Bereich der Kindertagespflege mehr Beachtung geschenkt worden wäre.

Wir sind uns bewusst, dass allein auf Grund der Größendimension den Kindertageseinrichtungen mehr Beachtung zukommt. Zugleich möchten wir darauf hinweisen, dass sich mit der letzten Novellierung die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege zwar spürbar verbessert haben, dies aber nur daran lag, dass der Gesetzgeber es davor den Kommunen überließ, erforderliche Anpassungen eigenverantwortlich zu übernehmen, die aber dann in der Mehrzahl nicht erfolgten. Daraus ergab sich in der Summe die spürbare Erhöhung und in gleichem Maße der unwiderrufliche Einkommensverlust für die Kindertagespflegepersonen für die letzten fünf Jahre. Mit der letzten Novellierung wurden fast ausschließlich die alten Voraussetzungen für die laufenden Geldleistungen auf den aktuellen Stand gehoben, ohne eine neue Einstufung der Förderleistung für die Kindertagespflegepersonen ohne pädagogische Ausbildung vorzunehmen. Außerdem wurde es versäumt, die Vergütung einer Vor- und Nachbereitungszeit ins Gesetz mit aufzunehmen, obwohl gleichzeitig die Umsetzung des § 7 des ThürKigaG und die des Thüringer Bildungsplanes verpflichtend für die Kindertagespflegepersonen festgeschrieben werden. Somit leisten die meisten Thüringer Kindertagespflegepersonen die Arbeit einer Krippenerzieherin und zum Teil die einer Leitung einer Kindertageseinrichtung, werden jedoch nur wie eine ungelernte Kraft bezahlt. Außerdem erbringen alle Kindertagespflegepersonen die vom Ministerium vorgeschriebene mittelbare Arbeit am Kind kostenlos in ihrer Freizeit. Einen nicht unerheblichen Teil unserer beruflichen Tätigkeit erbringen wir somit ehrenamtlich, weil die Vorgaben im Gesetz dies den Kommunen so gestatten. Damit findet eine Gleichstellung, wie vom Bundesgesetzgeber gefordert, lediglich bei der Qualität der Arbeit statt. Die Regelungen zur Vergütung verpflichten die Kommunen somit weiterhin nicht zu einer leistungsgerechten Vergütung nach SGB VIII.

Wir zeigen uns auch erstaunt, dass der Bereich der Kindertagespflege bei der Installation des Zentrums für frühkindliche Bildung außenvor gelassen wird. Wieso diese Ressource nicht auch für die Kindertagespflege gedacht wird, wo sich daraus doch gerade auch Möglichkeiten für gemeinsame Modellprojekte von Kindergärten und Kindertagespflegestellen ergeben könnten (z.B. Vertretungsmodelle, Gestaltung von Übergängen, Elternarbeit) erschließt sich uns nicht.

In unserer Stellungnahme möchten wir uns diesmal ausschließlich auf die Stellen des Entwurfes beziehen, zu denen wir eine Ergänzung vorschlagen, eine andere Meinung vertreten oder uns als Landesverband in der Pflicht sehen, uns zu äußern.

In **§ 7a Absatz 2** wurde es aus unserer Sicht versäumt, die Kindertagespflege mitzudenken. Sollten die Kindertagespflegestellen mit in die Kindertageseinrichtungen eingepflegt sein, würde uns dies verwundern, da das zugrunde liegende Gesetz „Thüringer Gesetz über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch“ heißt.

Wir empfehlen deswegen dringend, den Begriff der Kindertagespflege in diesem Abschnitt ergänzend einzufügen und gegebenenfalls in den darunter aufgeführten Punkten zu ergänzen.

Die in **§ 16 Absatz 2** erfolgte Angleichung des Personalschlüssels im Ü3 - Bereich findet unsere Zustimmung, da wir die vorwiegend organisatorischen Vorteile für die Kindertageseinrichtung sehen. Gleichzeitig verweisen wir auf unsere vorangegangenen Stellungnahmen, damit auch auf einschlägige Studien zum Thema Personalschlüssel. Deswegen sehen wir auch in dieser Altersgruppe noch weiteren Bedarf, den Betreuungsschlüssel zukünftig abzusenken. Außerdem möchten wir unsere dringenden Bedenken anmelden, dass der unveränderte Betreuungsschlüssel im U3 - Bereich aus unserer Sicht nicht geeignet ist, um die Anforderungen, die sich aus § 7 des ThürKigaG's und dem Thüringer Bildungsplan für das dort tätige pädagogische Personal ergeben, zu erfüllen.

§ 19 Absatz 3 stimmen wir zu, möchten aber diesen Paragraphen als Beispiel dafür nehmen, dass die falsche Bezeichnung der beruflichen Tätigkeit für die Kindertagespflegeperson gewählt wurde. Dies erfolgt mehrfach im zugrunde liegenden Gesetz. Bundeseinheitlich gelten die Begriffe „Kindertagespflege“, „Kindertagespflegestelle“ und „Kindertagespflegeperson“ als korrekte Bezeichnung. Wir würden es begrüßen, wenn auch das ThürKigaG durch entsprechend korrekter Bezeichnungen dem Rechnung tragen würde.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen spricht sich als mittelbar Betroffener klar gegen die Stichtagsregelung zur Berechnung der Personalkosten in **§ 21 Absatz 3** aus. Diese Vorschrift führt in der Praxis dazu, dass Kitas mit allen Mitteln versuchen, möglichst viele Kinder in diesen Berechnungsmonaten unter Vertrag zu halten. Eltern werden aus unserer Erfahrung von einer durch uns nicht näher benannten Anzahl an Kindertageseinrichtungen genötigt, die mögliche Betreuung ihres Kindes in einer Kindertagespflege bis zum 3. Lebensjahr nicht auszuschöpfen. Stattdessen muss der Wechsel so erfolgen, dass das Kind zum Stichtag in der Kindertageseinrichtungen mitzählt. Dieses Gebaren der Kindertageseinrichtungen schränkt aus unserer Sicht das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern massiv ein. Die Kindertageseinrichtungen drohen dann mit der Vergabe des Platzes an andere interessierte Familien und nutzen damit aus, dass keine Familie sich rechtlich dagegen zur Wehr setzen kann, da es keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Wunsch-Betreuung gibt. Aber natürlich ist auch das Verhalten der Kindertageseinrichtungsleitung nachvollziehbar, da diese damit versucht die Finanzierung ihrer Einrichtung abzusichern, deren Höhe aber an die Stichtage gebunden ist. Wir als Landesverband empfehlen deshalb die Rückkehr zur einrichtungsbezogenen Bezahlung nach vorgehaltenen Plätzen.

§ 29 Absatz 2 böte eigentlich aus unserer Sicht die Möglichkeit, einerseits den solidarischen Grundgedanken, auf dem unsere Gesellschaft fußt, zu entsprechen, andererseits auch im U3 - Bereich einen Zugang zu Bildung für Kinder von einkommensschwächeren Familien zu ermöglichen. Für uns nicht nachvollziehbar werden jedoch im vorliegenden Gesetzentwurf nur die Kriterien der Anzahl der Betreuungsstunden und die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in den Familien vorgeschrieben. Mit einer Verpflichtung zur Abstufung des Elternbeitrages nach Einkommen würde auch ein Zugang zu frühkindlicher Bildung für die Kinder unabhängig von der finanziellen Situation in ihren Familien möglich, wenn das dritte beitragsfreie Kindergartenjahr politisch nicht durchgesetzt werden kann. Deswegen empfehlen wir als Landesverband, die Kriterien der sozialen Staffelung um das Kriterium des Einkommens verpflichtend zu ergänzen.

Die in **§ 30** geregelte Ausweitung der Beitragsfreiheit stellen wir zum wiederholten Male in Frage. Wir verweisen dazu erneut auf unsere vorangegangenen Stellungnahmen. Wir halten eine Beitragsfreiheit nicht für notwendig, wenn die Elternbeiträge auch nach Einkommen gestaffelt werden. Zudem verfügt auch bisher eine nicht unerhebliche Anzahl von Familien auf Grund ihres fehlenden oder geringen Einkommens bereits über einen kostenlosen Betreuungsplatz und die Übernahme der Mittagsversorgung. Die mit der geplanten Novellierung des Gesetzes wegfallenden Elternbeiträge kämen aus unserer Sicht auch Familien zugute, die eine Beitragsfreiheit nicht benötigen. Gleichzeitig wünschen sich auch viele Eltern bessere Rahmenbedingungen in den Kitas, wie z.B. einen verbesserten Betreuungsschlüssel in allen Altersgruppen. Wir verstehen, dass ein kostenloser Zugang aller Kinder zu Bildung eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist. Eine Beitragsfreiheit für alle Familien unabhängig von deren Einkommen ist aus unserer Sicht jedoch erst sinnvoll, wenn sich die Rahmenbedingungen in den Betreuungseinrichtungen so gestalten, dass die in **§ 7** beschriebenen Aufgaben und Anforderungen an das pädagogische Personal sich auch umsetzen lassen.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende